
Presseinformation Nr. 159

27. Februar 2013

TODTENHAUSEN: Genossen blockieren Fortschritt und verhindern Arbeitsplätze

BERLIN. Zur Einigung des Bundeswirtschaftsministers und des Bundesumweltministers auf einen sicheren Rechtsrahmen zur Schiefergasgewinnung und zur nordrhein-westfälischen Blockade der Fracking-Technologien erklärt der für Bergrecht zuständige Berichterstatter der FDP-Bundestagsfraktion Manfred TODTENHAUSEN:

Die Einigung des Bundeswirtschaftsministers und des Bundesumweltministers schafft die Voraussetzungen für eine sichere Erkundung der Fracking-Technologien. Es wird eindeutig geregelt, wo in Deutschland Schiefergas gesucht und gefördert werden darf und wo nicht. Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte deshalb ihre Fracking-Blockade aufheben und Probebohrungen zulassen.

Die SPD muss sich fragen lassen, ob sie in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen an der Seite ihres grünen Koalitionspartners weiterhin den Fortschritt blockieren will. Mit der Blockadepolitik in den Bundesländern und im Bundesrat verhindert Rot-Grün, dass in Deutschland tausende neuer Arbeitsplätze entstehen können. Statt Angst zu schüren, sollten die Chancen der Schiefergasgewinnung genutzt werden.

Auch der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie Michael Vassiliadis hat sich wiederholt für Modellversuche bei der Schiefergasgewinnung in Deutschland ausgesprochen. Die Gewerkschaft steht damit eindeutig an der Seite der Arbeitnehmer: Gerade die Förderung von unkonventionellem Gas bietet den von Strukturwandel im Steinkohlebergbau betroffenen, gut ausgebildeten Mitarbeitern Perspektiven auf hoch qualifizierte Arbeitsplätze.

Verantwortlich:
Beatrix Brodkorb

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de